DEN BEVÖLKERUNGSSCHUTZ FIT FÜR DEN KLIMAWANDEL MACHEN

Von Christine Eriksen

Die letzten beiden Sommer waren in Europa bemerkenswert. Der Sommer 2021 war der wärmste jemals aufgezeichnete Sommer. Indes wurde er von der europäischen Hitzewelle im Juli 2022 prompt übertroffen.[1] Beide Sommer gehörten auch zu den schlimmsten Feuerperioden mit katastrophalen Waldbränden im gesamten europäischen Mittelmeerraum.[2] Es ist inzwischen unbestritten, dass klimabedingte Gefahren auch in Europa ein dringendes, aber bislang ungelöstes gesellschaftliches Problem darstellen. Seit vier Jahrzehnten ist ein Trend steigender Temperaturen und damit einhergehender Waldbrände in Süd-, Mittel- und Nordeuropa beobachtbar.[3] Europa hat sich seit 1900 mit 2,2°C gegenüber dem globalen Durchschnitt von 1,2°C schneller erwärmt als jeder andere Kontinent. Dieser Trend wird sich voraussichtlich fortsetzen. Wie kann sich die Gesellschaft anpassen, damit die Bevölkerungsschutzsysteme Naturgefahren wie Hitzewellen und Waldbrände bewältigen können, die in Umfang, Intensität und Häufigkeit zunehmen?

Die Eskalation klimabedingter Gefahren lässt sich vielerorts nicht mehr verhindern, sondern nur noch durch rasches Umsteuern und Entschärfen in ihrem Ausmass und ihren Folgen begrenzen.[4] Der Bundesrat hat deshalb 2021 die aktuelle Praxis der Waldbrandbekämpfung überprüft. In der Schweiz sind die 26 Kantone für die Verhütung und Bekämpfung von Waldbränden zuständig, während das Bundesamt für Umwelt (BAFU) die Kantone über seine nationale Warnzentrale über

1 Copernicus Climate Change Service, «Warmest summer for Europe by small margin; August globally joint third warmest on record», climate.copernicus.eu, 07.09.2021. Copernicus, «Summer 2022 Europe's hottest on record», climate.copernicus.eu, 08.09.2022.

2 San-Miguel-Ayanz et al., *Advance Report on Forest Fires in Europe, Middle East and North Africa 2021* (Luxembourg: EUR 31028 EN, *Publications Office of the European Union,* 2022).

3 European Environment Agency, «Forest Fires in Europe», eea.europa.eu, 18.11.2021.

4 Christine Eriksen / Andrin Hauri, «Klimawandel in den Schweizer Alpen», in: *CSS Analysen zur Sicherheitspolitik* 290 (2021). National Centre for Climate Services, «CH2018 – Klimaszenarien für die Schweiz», nccs.admin.ch, 09.11.2018.

die Waldbrandgefahr informiert. In einem am 26. Januar 2022 verabschiedeten Bericht mit dem Titel *Zeitgemässe, effiziente Waldbrandprävention und -bekämpfung*[5] kam der Bundesrat zum Schluss, dass die Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen «insgesamt gut aufgestellt sind». Angesichts der mit dem Klimawandel zunehmenden Waldbrandgefahr hat der Bundesrat jedoch 15 Verbesserungsmassnahmen skizziert, insbesondere wenn mehrere Kantone gleichzeitig betroffen sind oder es sich um grossflächige Waldbrände handelt. Dazu gehören Massnahmen zur Stärkung der Koordination zwischen den kantonalen und eidgenössischen Behörden für Prävention und Reaktion, zur Vereinheitlichung der Waldbrandwarnungen, zur Verbesserung der nationalen Lageübersicht, zur Entwicklung eines Vorsorgeplans, zur Schaffung eines Expertenpools sowie zur Weiterentwicklung der internationalen Zusammenarbeit und der Fähigkeiten zur Brandbekämpfung aus der Luft.

Die Überprüfung durch den Bundesrat stützte sich stark auf die jüngsten Arbeiten des Teams Risiko und Resilienz des CSS. Im Jahr 2020 wurde in einer *CSS Policy Perspectives* empfohlen, die Waldbrandpolitik in Europa zu überdenken,[6] da die Klimakrise durch das Zusammenspiel von vier Schlüsselfaktoren verstärkt wird: Landnutzung, Ausschluss von Feuer, Baumsterben und ein heisseres und trockeneres Klima. Zusammengenommen erhöhen diese Faktoren das Risiko von Waldbränden erheblich. So hat beispielsweise die Entvölkerung ländlicher Gebiete zu einem Verlust an lokalem Umweltwissen und Landbewirtschaftungspraktiken geführt, die eine Reduzierung des Brennmaterials beinhalteten. Gleichzeitig steigt durch eine zunehmende «Stadtflucht» von Menschen, die einen besseren Lebensstil an der Schnittstelle zwischen Wildnis und Stadt suchen, die Zahl der Häuser und Menschen, die Waldbränden ausgesetzt sind. Dies erhöht den Druck auf die Ressourcen des Bevölkerungsschutzes, die im Falle der Schweiz aufgrund des früheren Schweizer Klimas nicht im Hinblick auf wütende Waldbrände entwickelt wurden.

5 Bundesamt für Umwelt, «Klimawandel: Bundesrat überprüft nationales Waldbrandmanagement», bafu.admin.ch, 26.01.2022.

6 Christine Eriksen, «Europe's Fiery Future: Rethinking Wildfire Policy», in: *CSS Policy Perspectives,* 8/12 (2020).

Die Überprüfung stützt sich auch auf einen 2021 veröffentlichten *Risk and Resilience Report* des CSS, in dem eine der Massnahmen bewertet wurde, die dem Schweizer Bevölkerungsschutz bei der Anpassung helfen könnten: die Teilnahme am EU-Katastrophenschutzverfahren (*Union Civil Protection Mechanism,* UCPM).[7] Die EU hat den UCPM im Jahr 2001 als Teil der Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe geschaffen, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Katastrophenvorsorge, der Risikobewertung und der Notfallhilfe in Europa und darüber hinaus zu stärken.[8] Als Nicht-EU-Mitgliedstaat kann die Schweiz gegen eine jährliche Gebühr Teilnehmerstaat des UCPM werden. Die Evaluierung ergab, dass ein Beitritt der Schweiz die Kapazitäten des Schweizer Bevölkerungsschutzes sowohl auf kantonaler als auch auf Bundesebene erheblich steigern könnte, da die Behörden dann Zugang zu den gepoolten und zertifizierten Einsatzkapazitäten des UCPM sowie zur strategischen Reserve *rescEU* hätten, die aufgrund eines erhöhten Bedarfs an Waldbrandbekämpfungsmitteln geschaffen wurde.

Die Nutzung des länderübergreifenden Fachwissens, der Kommunikations- und Datenerfassungssysteme, des Schulungsprogramms und der Wissensnetzwerke des UCPM könnte zudem die nationalen Kapazitäten der Schweiz zur Vorbereitung auf und Anpassung an sich entwickelnde und neu auftretende Gefahren erhöhen. Die Reaktion der Schweiz auf internationale Krisen könnte von der finanziellen und logistischen Unterstützung des UCPM profitieren, einschliesslich ihrer Koordinationsdienste und Satellitenüberwachungskapazitäten, was die Effizienz und Flexibilität der Humanitären Hilfe des Bundes erhöhen könnte. Insgesamt könnte der Beitritt zum UCPM die operativen Kosten durch eine teilweise Rückerstattung des UCPM senken, wenn Ressourcen eingesetzt werden, obwohl die Schweiz die volle Kontrolle über ihre nationalen Einsatzmittel behält.

Die Evaluierung betont, dass diese Vorteile gegen die beträchtlichen jährlichen Teilnahmegebühren und die potenziellen Herausforderungen

7 Christine Eriksen et al., An Evaluation of Switzerland becoming a Participating State of the European Union Civil Protection Mechanism (Zürich: CSS/ETH, 2021).

8 Directorate-General for European Civil Protection and Humanitarian Aid Operations, «EU Civil Protection Mechanism: Factsheet», ec.europa.eu, 06.09.2022.

abgewogen werden müssen, darunter die fehlende formale Entscheidungsbefugnis der Teilnehmerstaaten, die ihren Einfluss auf künftige strategische Entwicklungen des UCPM begrenzt. Die Abwägung dieser Faktoren ist eine wichtige strategische Entscheidung, da sie die operativen Kapazitäten der Schweiz zum Schutz von Leben, Lebensgrundlagen und Vermögenswerten im In- und Ausland heute und in den kommenden Jahrzehnten beeinflussen wird. Es ist unklar, ob die Schweiz dem UCPM beitreten wird. Vorerst ist der Bundesrat vom Parlament beauftragt, einen Bericht zu verfassen, der einen Überblick über die Fähigkeiten des Schweizerischen Bevölkerungsschutzes, der Armee oder des Zivildienstes zur Bewältigung klimabedingter Naturgefahren und zur Aufrechterhaltung der Sicherheit in der Schweiz gibt.[9]

9 Die Bundesversammlung – Das Schweizer Parlament, «Postulat 22.3007: Fähigkeiten zur Bewältigung von klimabedingten Naturgefahren», parlament.ch, 18.01.2022.